

VII. SCHLUSSFOLGERUNGEN

1. **Potentiale und Defizite der Legitimitätstheorien bei deren Anwendung auf den südkoreanischen Fall: Multifaktorielle Überlegung zur politischen Legitimität**

Jede politische Herrschaft sucht Möglichkeiten, ihre politische Ordnung zu rechtfertigen und sie überzeugend erscheinen zu lassen. Die dafür einzusetzenden Legitimationsstrategien entstehen unter dem Einfluss der jeweiligen historischen Gegebenheiten und spiegeln bestimmte strukturelle Merkmale der betreffenden Gesellschaft wider. Um die Legitimität eines politischen Systems besser zu erforschen, sollten deshalb nicht nur die Entwicklungswege, die das betreffende System durchlaufen hat, sondern auch die soziokulturellen Einflussfaktoren mitberücksichtigt werden. Deshalb scheint es auch für die Erklärung der Legitimitätsstrategien der autoritären Herrschaft in Südkorea angebracht zu sein, die bereits dargestellten Legitimitätstheorien auf ihren für Südkorea anwendbaren Erklärungsgehalt zu untersuchen.

Die normativen Legitimationsquellen **Max Webers** verdeutlichen, dass der Geltungsanspruch einer Herrschaft auf die allgemeine Überzeugung der Herrschaftsunterworfenen von der normativen Angemessenheit der Geltungsbegründung der Herrschaft ausgerichtet ist. Das heißt, die Anerkennung der normativen Grundlage einer Ordnung stellt eine notwendige Voraussetzung für die Legitimität eines politischen Systems dar. Die drei idealtypischen Grundformen Webers sind jeweils zugespitzte Extremzustände, die in der reinen Form, in der sie definiert werden, nicht vorkommen. Auch scheint seine Einteilung der Herrschaftstypen nicht mehr aktuell zu sein, da die größte Zahl der Staaten heutzutage dem Typ „legal-rational“ zugeordnet werden müsste. Die traditionellen und charismatischen Herrschaften bestehen auch nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form. Die Aspekte „Charisma“ und „Tradition“ büßen jedoch ihre legitimitätserzeugende Funktion dennoch nicht ein, da sie von verschiedenen Regimen weiterhin im Sinne unterschiedlicher Legitimitätsbeschaffungsstrategien instrumentalisiert werden. Sie existieren in abgeänderter Mischform, durch die politische Machthaber ihr Machtprivileg aufrecht zu erhalten suchen.

Nach Ansicht von **Murray Edelmans** Legitimationstheorie ist die vorhandene Machtstellung durch die Anwendung symbolischer Elemente zu legitimieren. Diese Art von Legitimationsstrategie war auch in der autoritären Herrschaft Südkoreas vorzufinden. Während des Park-Regimes wurde versucht, durch Revitalisierung der eigenen Geistesgeschichte und Mythen ein kollektives Bewusstsein und Identitätsgefühl zu erzeugen und Kongruenz mit nationalen Mythen und Erfahrungen zu schaffen. So wurde der Mythos des Gründungsvaters „Tangun“²⁹⁸ wieder ins Leben gerufen und die Koreaner als das Jahrtausende alte Kulturvolk identifiziert.²⁹⁹

Niklas Luhmann weist den Entscheidungen die Legitimität eines politischen Systems zu, die in einem ordnungsgemäßen Verfahren zustande gekommen sind. Bei ihm fungiert die Existenz rechtlich normierter Verfahren als die legitimierende Basis einer Herrschaft. Es ist zwar richtig, dass an der rechtlichen Grundlage und den formaldemokratischen Entscheidungsprozessen die politische Legitimität schwer gemessen werden kann, da sie den in hohem Maße den autoritären Regimeeliten zur Verfügung stehenden Manipulationsmöglichkeiten unterliegen. Trotz der allgemeinen Annahme, in diesem Kontext seien Wahlergebnisse eine unangebrachte Messgröße für die Legitimität eines politischen Systems, ist eine nähere Analyse der während der autoritären Herrschaft abgehaltenen Wahlen nicht ohne Bedeutung, weil damit die Intensität der manipulativen Handhabung der der autoritären Herrschaft zur Verfügung stehenden institutionellen Möglichkeiten erkennbar wird. Die Machtstruktur und die Wahlergebnisse sowie Verfassungsänderungen von 1961 bis 1979 während des Park-Regimes liefern die Grundlage für Aussagen darüber, auf welche Weise das Regime seine strukturelle Machtbasis anwendete, um Akzeptanz seitens der Bevölkerung zu erreichen. Jedoch übten die scheinlegalitären Verfahren und Strukturen wenig legitimierende Funktion

²⁹⁸ „Tangun“ ist der Gründer des ersten koreanischen Staates „Kochosun“. Er soll am dritten Tag des zehnten Monats des Jahres 2333 v. Chr. im Gebiet des Gebirges „Myohyang“ das erste koreanische Königreich gegründet haben.

²⁹⁹ „We the people of Han are of a single blood strain since the days of Tangun (legendary National Founder of Korea) and are a single people with a common heritage of language, culture and history. We can be justly proud of our five millennium national history, and the efflorescence of the brilliant culture of the Silla dynasty. Ours is a people who have developed peculiarly beautiful customs and good habits in a land of unsurpassed natural beauty.“ Park, C.-H. 1963: 6.

aus. Somit stellt die strukturelle Legitimierung als „independent belief in validity of the structure and norms“³⁰⁰ eine notwendige Bedingung für Legitimität dar. Sie kann jedoch keine hinreichende Begründung der Herrschaftslegitimierung des autoritären Park-Regimes sein.

Für **David Easton** wird die Überzeugung von der Angemessenheit einer bestimmten Herrschaftsordnung durch (materielle und ökonomische) Erfolge gefestigt und durch Misserfolge erschüttert. So ist Erfolg von entscheidender Bedeutung für Systeme, die ihren Legitimitätsanspruch durchsetzen müssen. Leistungsfähigkeit und Effizienz tragen regelmäßig zur Begründung, Festigung und Bewahrung der Legitimität eines politischen Systems bei. Die Zustimmung zum politischen System und somit die politische Legitimität sind demnach aus der Effizienz des Systems zu gewährleisten, d.h. aus der Erfüllung individueller Nutzenerwartungen. Leistungsfähigkeit sichert als ein selbständiger Faktor den Bestand einer Herrschaftsordnung. Dies war besonders bei dem autoritären Park-Regime der Fall, weil diesem grundsätzlich immanente Grenzen der Legitimierung durch demokratische Verfahren oder ideologische Begründungen gesetzt waren und daher die ideologisch diffuse Unterstützung anderweitig erzeugt werden musste.

Die Herrschaftslegitimierung konzentriert sich in dem Fall zwangsläufig auf die empirische Ebene ökonomischer Leistungsfähigkeit. Das Park-Regime rechtfertigte seinen Herrschaftsanspruch explizit mit der Notwendigkeit wirtschaftlicher Entwicklung. Auch die Bevölkerung orientierte sich nach der andauernden Armut am Kriterium materiellen Wohlstands und identifizierte sich deshalb mit Modernisierungsvorhaben der Herrschaft. Die bemerkenswerte Stabilität des Park-Regimes beruht somit in erster Linie auf seiner Fähigkeit, die materiellen Interessen der Bevölkerung zu befriedigen. Durch die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung mittels ökonomischen Wachstums und materieller Vorteile rechtfertigte das autoritäre Park-Regime die Einschränkungen der demokratischen Freiheiten und stellte seine autoritäre Machtposition sicher.

³⁰⁰ Easton 1979: 287.

Nach der Prüfung der Anwendbarkeit der verschiedenen Legitimitätstheorien auf den südkoreanischen Fall ergibt sich folgende Feststellung: Eine einseitige Sichtweise reicht nicht aus, um die Komplexität der Herrschaftslegitimierung in der Empirie zu begründen.

Legitimität eines politischen Systems ist eine komplexe Erscheinung, die viele Komponenten in sich trägt. Um die Legitimität einer politischen Ordnung ihrer Komplexität gerecht werdend untersuchen zu können, müssen vielmehr verschiedene Faktoren in Betracht gezogen werden, die im Falle Südkoreas ideologische, modernisierungstheoretische und auch formaldemokratische Unterstützungspotenziale ausmachen. In diesem Sinne kann die Ansicht von David Beetham zur politischen Legitimation widerrufen werden, der dem Militärregime nur „eine“ Legitimitätszuweisungsmöglichkeit gewährt, und zwar die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der politischen Ordnung. Die ökonomische Entwicklung und die Modernisierungsvorhaben besitzen zweifelsohne eine Erklärungskraft für die politische Legitimierung während der autoritären Herrschaft in Südkorea. Sie erwiesen sich als stabile Unterstützung in Gestalt einer Entwicklungsdiktatur. Jedoch ist eine solche Sichtweise ohne eine multifaktorielle Überlegung³⁰¹ nicht in der Lage, die Merkmale und Besonderheiten der Herrschaftslegitimierung der autoritären Herrschaft in Südkorea adäquat darzustellen. Lediglich ein multifaktorieller Annäherungsversuch an Legitimitätsquellen ermöglicht eine Bestandsaufnahme der Legitimationsstrategien und deren angemessene Beurteilung und bringt erst so die Gründe der selektiven strategischen Kombinationen, die während der autoritären Herrschaft verwendet wurden, ans Licht.

³⁰¹ Wenn man von politischer Legitimität spricht, greift der Legitimitätsbegriff weiter, da er nicht auf die Legitimität des Regimes fixiert ist. Es geht vielmehr um die gesamte Legitimität und Überlebensfähigkeit eines politischen Systems, statt um die einzelner Institutionen. Eine solche Betrachtung bezieht sich auf alle Faktoren, die zur Erreichung dieses Zielwertes, politische Stabilität, beitragen, seien sie sozioökonomischer, sozialpsychologischer oder institutioneller Natur. Vgl. Heidorn 1982: 262-264.

2. Effektivität der politischen Legitimation der autoritären Herrschaft in Südkorea

Es ist zweifellos zutreffend zu behaupten, dass die unbestreitbar erfolgreiche Wachstumspolitik während des Park-Regimes als eine der Hauptsäulen der legitimatorischen Strategien des Park-Regimes fungierte. Das Park-Regime konnte seine politische Stabilität trotz seiner anfänglich schwachen Legitimation in erster Linie deshalb erzielen, weil das Regime eine effizient geleitete Wachstumspolitik verfolgte, die sichtbare Erfolge mit sich brachte. So ist es dem Park-Regime trotz gelegentlicher Krisen verhältnismäßig erfolgreich gelungen, repressive Politik mit dem Imperativ des wirtschaftlichen Wachstums zu kompensieren und schließlich seine autoritäre Machtposition sicherzustellen.³⁰² Zwar bedeutet Wirtschaftserfolg nicht per se eine Garantie für politische Stabilität, es kann aber dennoch festgestellt werden, dass der verbesserte Lebensstandard infolge der wirtschaftlichen Entwicklung entscheidend dazu beitrug, das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber dem Regime zu stärken. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sicherte die Aufrechterhaltung eines repressiven Militärregimes und fand Anerkennung unabhängig von der Frage der Rechtmäßigkeit ihres politischen Hintergrundes. Somit konnten die gelegentlichen Wahlmanipulationen eher als kleineres Übel hingenommen werden, für die man durch das Wirtschaftswachstum quasi entschädigt wurde. So lässt sich beispielsweise die mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung bei den Wahlen von 1967 und die Volksabstimmung von 1969 für eine Verlängerung von Parks verfassungsgemäß beschränkter Amtszeit erklären, wobei die allgemeine Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung infolge der realen Wirtschaftsentwicklung ebenso wie die weitgehenden Versprechungen für die Zukunft als legitimitätsfördernd wirkten. Seine wirtschaftliche Effizienz in Gestalt einer „Entwicklungsdiktatur“ verlieh dem Regime somit ein hohes Maß an

³⁰² Trotz der äußerst labilen innenpolitischen Lage in der Dritten Republik aufgrund der andauernden Protestbewegung erlebte Südkorea im Zeitraum zwischen 1966 und 1969 eine erstaunliche Phase der inneren Ruhe. Diese politische und gesellschaftliche Stabilität war im Wesentlichen der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und der Unfähigkeit der Opposition, sich als eine tatsächliche politische Alternative zu formieren, zuzuschreiben.

Legitimität.³⁰³ Diesem wirtschaftlichem Erfolg hatte die Opposition wenig entgegenzustellen. Sie konnte gegenüber der Bevölkerung keinerlei praktische Kompetenz in diesen Fragen nachweisen, um eine ernsthafte Alternative zum machthabenden Regime darzustellen. .

Die autoritäre Herrschaft, insbesondere das Rhee- und das Park-Regime, begründete die antikommunistische Ideologie mit der Bedrohung der nationalen Sicherheit durch den kommunistischen Norden. Das durch den Koreakrieg tief verankerte Misstrauen gegen den Kommunismus verstärkte in der Bevölkerung Südkoreas die Ansicht, dass die Festigung eigenständiger nationaler Sicherheit unausweichlich sei. Aufgrund dessen wurde der Antikommunismus von der Bevölkerung als notwendig empfunden.³⁰⁴ So konnte das Park-Regime das dem kommunistischen Nordkorea gegenüber vorhandene Misstrauen sehr leicht instrumentalisieren, um die Unterdrückung politischer Opposition zu rechtfertigen und dadurch seine Herrschaft aufrecht zu erhalten.³⁰⁵

Als weitere Rechtfertigungsstrategie diente während der autoritären Herrschaft die Wiederbelebung der tradierten Kulturelemente. Zum Zwecke der Machterhaltung nutzte Park dabei die althergebrachten Traditionen, die die Harmonie zwischen Herrscher und Volk betonen, um die vorhandene Machtverteilung zu erhalten und

³⁰³ Dabei ist Bruce Cumings auch der Auffassung, dass sich die Euphorie über das sichtbare Wirtschaftswachstum und die allgemeine Anhebung des Wohlstandes in den Wahlergebnissen positiv widerspiegelte, wobei er die Wahlen trotz nicht auszuschließender Manipulation und finanzieller Unterstützung seitens des Park-Regimes als fair bezeichnet: „The period from 1965 to 1971 was one of rapid economic growth and comparative political stability. Park ran for reelection in 1967, and by then the fruits of the export-led program had translated into political popularity. Park won by more than a million votes (again over Yun Po-sun) in a reasonably fair election; that the DRP and KCIA had literally tens of millions of dollars to throw around did not hurt, of course.” Cumings 1997: 355; An anderer Stelle der gleichen Publikation (S. 326) konstatierte Cumings im Verweis auf das 1994 durchgeführte Umfrageergebnis, dass mehr als 70 Prozent der Bevölkerung gesagt hätten, Park Chung-Hee sei aufgrund seiner ökonomischen Errungenschaften der beliebteste Politiker in der Nachkriegszeit.

³⁰⁴ Es gab in breiten Kreisen der Bevölkerung einen Konsens darüber, dass die nationale Sicherheit im Interesse der Nation lag.

³⁰⁵ Daher war es kein seltenes Phänomen, dass die diktatorischen Machthaber Koreas auch kleinere oppositionelle Bewegungen, die aufgrund ihrer Zielsetzungen noch nicht einmal im Verdacht der Nähe zur kommunistischen Ideologie stehen konnten, dennoch des Prokommunismus verdächtigten, und damit die Möglichkeit schufen, diese Opposition auf der Grundlage des sogenannten „Nationalen Sicherheitsgesetzes“ ohne Gerichtsverfahren durch Polizei und Geheimdienst willkürlich zu verhören, zu foltern und unbefristet zu inhaftieren.

damit die gegebene Gesellschaftsordnung zu wahren.³⁰⁶ Konkret hieß das im Falle des Park-Regimes, dass Park und sein autoritär-diktatorisches Militärregime durch Vergegenwärtigung der traditionellen Kultur und Heldentaten ihren Machtantritt und ihre Herrschaftsausübung gerechtfertigt hatten. Das Militärregime suchte auch durch konstitutionelle Elemente, seine Machtbasis zu legitimieren. Die oberflächlich demokratischen Elemente sollten dem Staat den Anschein einer demokratischen Verfasstheit geben. Diese demokratischen Elemente waren zwar vorhanden, z.B. in Form von Wahlen, tatsächlich hatte aber die Opposition kaum eine Chance, die Macht zu übernehmen und damit für eine Kursänderung zu sorgen. Der Grund lag darin, dass das Militärregime ein Wahlsystem durchsetzte, das die Regierungspartei DRP gegenüber den übrigen Parteien begünstigte. Dieses Wahlsystem sicherte der Regierungspartei die Mehrheit im Parlament und machte damit eine Änderung der politischen Verhältnisse unter der bestehenden Verfassung nahezu unmöglich.³⁰⁷ Als die Direktwahl des Präsidenten in der Präsidentschaftswahl 1969 Parks Machtposition gefährdete, zögerte er nicht, auf die scheindemokratischen Politikelemente zu verzichten. Durch Verabschiedung der Yushin-Verfassung 1972 wurde der Präsident von einem Wahlmännergremium, das aus 5.000 Wahlmännern bestand, gewählt. Dies machte dem Yushin-Regime die Präsidentschaftswahl nicht nur leicht manipulierbar, sondern schloss den Sieg eines Oppositionskandidaten faktisch aus.

Wie uns die Geschichte der autoritären Regime in Südkorea gezeigt hat, ermöglichten die Legitimationsstrategien (wie effizienter „Output“ an materiellen Leistungen und die Indoktrinierung der antikommunistischen Ideologie sowie die Manipulation tradiertener kultureller Werte) der autoritären Herrschaft über Jahrzehnte hinweg, ihre politische Stabilität aufrecht zu erhalten. Langfristig und allmählich wurde jedoch die von Geburt an ohnehin schwache Legitimitätsbasis der autoritären

³⁰⁶ Vgl. Song, Y.-B. 1983: 77.

³⁰⁷ So wurde während der Dritten Republik unter Park ein Viertel der Abgeordneten nach dem System proportionaler Vertretung bestimmt. Die nach Mandaten erfolgreichste Partei in den Ein-Mann-Wahlkreisen erhielt automatisch wenigstens 50 % der Sitze im Rahmen der proportionalen Vertretung und hatte so de facto wenigstens die Hälfte der Gesamtsitze im Parlament, während sich die anderen großen Parteien mit dem Rest begnügen mussten. Kleineren Parteien wurde zudem durch die Fünf-Prozent-Hürde der Einzug in das Parlament verwehrt. Das System proportionaler Vertretung diente also der Sicherstellung einer stabilen Mehrheit der Regierung innerhalb des Parlaments.

Herrschaft abgebaut und im Endeffekt wirkungslos, da die Überzeugungskraft der durch die Herrschaftssysteme verwendeten Legitimitätsstrategien signifikant abnahm. Hinzu kam der Machtverlust des Militärs: Die politische Macht des Militärs begann in den 80er Jahren zunehmend zu erodieren. Der rapide soziale Wandel als Folge der seit Anfang der 60er Jahre forcierten sozioökonomischen Modernisierung untergrub die dominante Stellung des Militärs, und die gewaltsame Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes im Mai 1980 führte zu einem weiteren deutlichen Legitimitätsverlust. Das Chun-Regime war nach der blutigen Niederschlagung von Kwangju im Jahre 1980 nicht mehr in der Lage, die Mehrheit der Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen: Es litt unter andauernden Legitimationsabnahmen und daraus resultierender politischer Instabilität.³⁰⁸ Diese Legitimitätserosion förderte gleichzeitig das Anwachsen einer aktiven Opposition gegen die herrschende Machtverteilung. Die Vergrößerung der Handlungsspielräume und der Konfliktfähigkeit oppositioneller Gruppen, insbesondere der Studenten, die sich der autoritären Herrschaft widersetzen, erzwang schließlich die Einleitung der demokratischen „6.29-Erklärung“. Damit wurde eine demokratische Transition in Gang gesetzt. Chun konnte letztendlich über seine Legitimationsdefizite und die daraus folgende – und nicht zu verhindernde – Demokratiebewegung nicht hinwegtäuschen, was schließlich zum jähen Ende des autoritären Systems führte.

³⁰⁸ Vgl. Kindermann 1994: 163.